



Quelle: „Jüdisches Bildungszentrum Chabad Berlin“

ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND

Wir wehren nicht mehr den Anfängen
– wir sind **schon mittendrin**

Am 10.10.2019 überfällt ein Neonazi die Hallenser Synagoge. Er kann die stabile Tür nicht überwinden und erschießt daraufhin zwei Passanten, zwei weitere werden schwer verletzt. Im Europa-Wahlkampf 2019 plakatierete die ausdrücklich zur Wahl zugelassene Partei „Die Rechte“: „Israel ist unser Unglück – Schluss damit“ und „Wir hängen nicht nur Plakate“. Aufgrund von Anzeigen gegen diese Art der Wahlwerbung wurde ermittelt – Strafverfahren wurden gleichwohl nicht eingeleitet. In Dortmund zieht regelmäßig ein Nazi-Mob durch die Stadt und skandiert Parolen wie „Wer Deutschland liebt ist Antisemit“. Das Bundeskriminalamt meldet, dass es im Jahr 2018 mehr als fünfmal täglich (!) zu antisemitisch motivierten Straftaten gekommen ist. Und das sind nur die, die gemeldet wurden – die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen. Mehr als 90 % dieser Straftaten haben einen rechtsradikalen Hintergrund.

ANTISEMITISMUS HAT IN DEUTSCHLAND TRADITION

Juden in Deutschland sind nicht mehr sicher. Wenn sie es denn jemals gewesen sind. Antisemitismus hat in Deutschland Tradition – er zieht sich durch die deutsche Geschichte wie ein roter Faden und erfährt seine schlimmste Ausprägung in den Jahren von 1933 bis 1945 mit einem millionenfachen, industriell organisierten Mord. Das wissen wir. Antisemitismus in Deutschland ist mit dem Ende der Naziherrschaft nicht verschwunden. Ebenso wenig wie die Nazis, die sehr schnell wieder in ihre alten Positionen kamen. Das sollten wir auch wissen. Es wurde und wird aber gerne verdrängt. Nach dem monströsen Morden während der NS-Zeit hatte offener Antisemitismus in Deutschland, unter den Augen der alliierten Siegermächte und später der westlichen Verbündeten, keine Konjunktur. Weitergelebt hat er trotzdem.

Fortsetzung von S. 1

Und heute zeigt er sich wieder in aller Öffentlichkeit. Der Antisemitismus hat das Exil in der Schmutzdecke der Stammtische verlassen und zeigt sich wieder offen – bis in die so genannte Mitte der Gesellschaft. Dieser Antisemitismus ist nicht neu, und er ist auch nicht importiert. Jedenfalls nicht hauptsächlich. Den Gedanken folgen die Worte: Und auch diese werden heute nicht mehr am analogen Stammtisch im kleinen Kreis geäußert. Nein: Antisemitische Parolen fluten die virtuellen Stammtische des Internets. Man kann seinen Hass ganz unverhohlen und weitgehend anonym äußern. Nicht nur gegen Juden. Es wird genauso gegen andere Gruppen und Personen gehetzt – und oft genug gibt es eine Menge Schnittpunkte. Die Betreiber der Plattformen, die das dulden, machen sich nicht nur mitschuldig. Es gibt im Netz keinen Konsens des Anstands. Und die Justiz ist mit dieser nicht mehr ganz so neuen Qualität und Quantität offensichtlich überfordert. Wie es beispielsweise ein Urteil des Landgerichts Berlin zeigt: Da hatte die Politikerin Renate Künast geklagt, weil sie die Klarnamen der Personen erfahren wollte, die sie im Netz übelst beschimpft und beleidigt hatten. Das Gericht hat die Klage abgewiesen, und zwar mit haarsträubenden Begründungen für die Zulässigkeit jeder einzelner der für jeden Laien sofort erkennbaren üblen Beleidigungen, die so widerwärtig sind, dass sie hier nicht wiederholt werden sollen.

BJÖRN HÖCKE DARF MAN EINEN FASCHISTEN NENNEN

Wenn man über die Worte nachdenkt, die den Gedanken folgen, muss man auch die AfD erwähnen. Diese Partei, die sich selbst „bürgerlich“ nennt, duldet in ihren Reihen, und durchaus auch an hervorgehobenen Stellen, Neonazis und andere rechte Hetzer. Den thüringischen AfD-Fraktionsvorsitzender Höcke kann und darf man einen Faschisten nennen. Die AfD hat in den letzten Jahren mit gezielten Tabubrüchen die Grenzen des Sagbaren immer wieder verschoben und so wesentlich dazu beigetragen, den Boden für Hetze gegen die „Anderen“ zu bereiten.

Die Maske der „Bürgerlichkeit“, die diese Partei gerne vor sich herträgt, kann deren autoritäre, nationalistische, antisemitische, antimuslimische und antifeministische Züge nicht ernsthaft verbergen. Und wenn auch sicher nicht jede/r, der diese Partei wählt, ein Nazi ist: Klar ist, dass jede Stimme für diese Partei dazu beiträgt, alten und neuen Nazis Macht zu verschaffen.

Den Worten folgen die Taten: Und es ist nicht etwa so, dass der Überfall auf die Hallenser Synagoge der erste Vorfall gewesen sei. Im Jahr 2018 wurden 1.646 Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund bekannt. Ein Anstieg um 10 %. 62 dieser Straftaten waren Gewalttaten – das ist ein Anstieg um mehr als 40 %. Und um es noch einmal deutlich zu sagen: Der weitaus überwiegende Teil der Straftaten ist dem rechtsextremen Milieu zuzuordnen. Es sind nicht hauptsächlich antisemitische Zuwanderer, die diese Straftaten begehen, sondern rechtsextreme Deutsche. Natürlich kann man den Überfall von Halle als ein „Alarmzeichen“ betrachten, wie es Annegret Kramp-Karrenbauer sagte. Er ist hoffentlich ein Alarmzeichen für die, die bisher immer noch nicht alarmiert waren, die bisher nicht wahrhaben wollten, was offensichtlich ist: Antisemitismus ist in Deutschland weit verbreitet. Und er äußert sich nicht nur in schlimmen Worten, sondern auch in hundertfachen schlimmen Taten.

DER STAAT BLEIBT GEFRAGT

Dennoch ist, wenn man den Umfragen glauben kann, die Mehrheit der Deutschen nicht antisemitisch eingestellt. Wenn bis zu 25 % der Deutschen Antisemiten sind, bedeutet das im Umkehrschluss, dass es mindestens 75 % nicht sind. Und auf diese überwiegende Mehrheit kommt es an. Diese überwiegende Mehrheit muss der Minderheit klar und immer wieder deutlich machen, dass ihre Einstellung, ihre Worte und ihre Taten nicht hingenommen werden. Das Weghören muss aufhören, ebenso wie das Wegsehen und Weggehen. Es muss Stellung bezogen werden: Angriffe auf Jüdinnen und Juden sind natürlich im eigentlichen Sinne keine Angriffe auf „uns alle“ – aber sie betreffen uns alle, weil sie eine Haltung widerspiegeln, die uns alle betrifft und die eine demokratische, offene und pluralistische Gesellschaft im Kern bedroht. Antisemiten sind meist nicht bloß Antisemiten, sie sind ebenso Anhänger von weiteren Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Und genau diese Menschenfeindlichkeit ist es, der sich die „schweigende“ Mehrheit entgegenstellen muss.

Gleichzeitig bleibt der Staat gefragt: Es kann nicht sein, dass ausgerechnet jetzt Programme gegen Rechts, wie „Demokratie leben!“, gekürzt werden. Die Polizei und andere Sicherheitsbehörden müssen ihre Teilblindheit auf dem rechten Auge endlich überwinden – und die Justiz muss klarer, schneller und ohne Leisetreteri gegen antisemitisch motivierte Straftaten vorgehen: „Klare Kante“ ist gefragt.

■ JOST REBENTISCH



10. Oktober 2019 auf der Kundgebung „Solidarität mit Jüdinnen und Juden in Halle und überall“. Quelle: Natalja Marschan



Quelle: Heike Fischer

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

laut einer Umfrage des Jüdischen Weltkongresses, die Ende Oktober 2019 veröffentlicht wurde, haben mehr als 25 % der Deutschen antisemitische Einstellungen. Sogar 41 % sind der Meinung, Juden redeten zu viel über den Holocaust. Das sind alarmierende Befunde – überraschend sind sie indes leider nicht. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass jüdische Menschen sich schon seit geraumer Zeit in Deutschland nicht mehr sicher fühlen – und dass diese Gefühle eher zunehmen. Rechtsradikale Übergriffe breiten sich immer

mehr aus, und der „politische Arm des Rechtsterrorismus“ (Michael Roth), die AfD, trägt Tag für Tag zu Hetze und Verhörung bei.

Der Bundesverband versucht in seiner Projektarbeit, den Überlebenden der Verfolgung durch die Nazis – neben der selbstverständlichen Beratung – Angebote zu präsentieren, die ihr Leben angenehmer machen sollen. Gleichzeitig bieten wir den Überlebenden die Plattform, sich als ZeitzeugInnen mit jungen Menschen auszutauschen. Das ist stets ein Gewinn für beide Seiten.

In unserer neuen Ausgabe von „Überleben“ berichten wir natürlich wieder über diese Projektarbeit, und auch die Arbeit mit den und für die Angehörigen

der Folgegenerationen bildet wieder einen Schwerpunkt.

Wie immer bitten wir Sie herzlich um Ihre Unterstützung für unsere weitere Arbeit: Sie ist nötiger denn je, und wir können sie nur mit Ihrer Hilfe weiter fortsetzen.

Mit den besten Wünschen für ein friedliches Jahr 2020!

Ihr

Jost Rebutisch

BUNDESTAG BERÄT ÜBER DIE ANERKENNUNG

von sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“
als NS-Opfergruppen

Dem Deutschen Bundestag liegt nun ein Antrag der Großen Koalition zur Anerkennung von sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ als NS-Opfergruppen vor. Dies ist bisher nämlich immer noch nicht geschehen. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP hatten diesbezüglich bereits im Frühjahr 2019 Anträge eingereicht. „Die Linke“ und die Regierungskoalition folgten.

Der Antrag der Regierungskoalition sieht außerdem die Aufnahme beider Gruppen in die nicht abschließende Aufzählung von Leistungsempfängern in § 1 Absatz 1 Satz 2 der AKG-Härterichtlinien vor. Es ist zwar davon auszugehen, dass kaum noch Verfolgte am Leben sind, wichtig ist die Aufnahme aber auch für Kinder, deren Eltern als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ von den Nazis im KZ ermordet wurden. Weiter vorgesehen sind die Konzipierung einer Wanderausstellung zum Schicksal der Verfolgten sowie die Förderung von Forschungsvorhaben und Bildungsprojekten.

Entscheidend im Antrag ist der Satz: „Niemand wurde zurecht in einem Konzentrationslager inhaftiert, gequält und ermordet“ – eine Anerkennung, auf die die Verfolgten und ihre NachkommInnen viel zu lange haben warten müssen. Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. kritisiert zurecht, dass der Deutsche Bundestag unmissverständlich darlegen sollte, „dass sich der Status des NS-Opfers nicht allein auf diejenigen „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ beschränkt, die in ein KZ verbracht worden sind, sondern auf alle Angehörigen vorgenannter Gruppen, denen der NS-Staat Gewalt angetan oder denen er unrechtmäßig Freiheit geraubt hat“.

WEITERLESEN...

- „Warmes Zuhause“: Mehr als ein Kaffeekränzchen S. 4
- „Fremd sein“: Ein anderer Geschichtsunterricht S. 5
- Erzählungen aus der „Biografiewerkstatt“ S. 6
- Soziale Medien S. 7
- Relaunch. Klickt vorbei! S. 7
- Die niederländische Bahn zieht Konsequenzen S. 8
- Service Learning S. 9
- Erklärung: UnterzeichnerInnen gesucht! S. 10
- Nicht nur „Zweitzeugen“ S. 12
- Buchveröffentlichung S. 14
- Wenn die NS-Verfolgungsgeschichte ein Puzzle aus tausend Teilen ist S. 15



In gemütlicher Atmosphäre: „Warmes Zuhause“

WARMES ZUHAUSE

Mehr als ein Kaffeekränzchen

Auch in diesem Jahr ermöglichte das Projekt „Warmes Zuhause“ den Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung und ihren Angehörigen regelmäßige Treffen, um gemeinsam schöne Nachmittage verbringen zu können. Neu an dem Projekt ist, dass es nicht mehr zwangsläufig in Wohnungen von Überlebenden stattfinden muss, da diese oft nicht mehr in der Lage sind, Gäste zu sich nach Hause einzuladen. Die vielen Vorbereitungen, wie Einkaufen und Kochen, können viele Überlebende, bedingt durch ihr mittlerweile hohes Alter, nicht mehr übernehmen. Aus diesem Grund werden nun im Folgeprojekt, das offiziell im April 2019 anfang, auch gemeinsame Ausflüge sowie Café- und Restaurantbesuche unterstützt. Dies bringt ein wenig Vielfalt in das Leben der Überlebenden.

ESSEN-STEEL

In Essen-Steele findet das „Warme Zuhause“ oft mit musikalischer Begleitung statt. Die Schwiegertochter der Gastgeberin ist eine professionelle Musikerin. Sie spielt Akkordeon und kommt gerne und regelmäßig zu den Treffen. Im Haus der Gastgeberin, die dort gemeinsam mit ihrer 94-jährigen, pflegebedürftigen Mutter wohnt, fanden seit Anfang des Jahres Umbauarbeiten statt, weswegen der Aufzug sieben Monate lang nicht funktionierte. Aber die Gastgeberin gab ihr „Warmes Zuhause“ nicht auf. Sie bot die Treffen einer „kleineren“ Gruppe an: All jenen, die bereit waren, acht Stockwerke hochzugehen.

Seit August 2019 funktioniert der Fahrstuhl wieder und die Gastgeberin kann ihre Veranstaltungen abermals für alle interessierten Überlebenden durchführen.

WEITERE STANDORTE

Das Projekt „Warmes Zuhause“ hat weitere Standorte in Essen-Hinsel, Köln-Porz, und Köln-Chorweiler.

Wir danken der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) für die Förderung des Projekts.

■ IULIA MIKHIIENKO

MÜNSTER

In Münster trafen sich die Überlebenden im Juni 2019 erstmalig nach einer langen Pause. Gemeinsam gingen sie in ein zentral gelegenes Café, das in der Nähe der Synagoge liegt.

DORTMUND

In Dortmund findet das Projekt „Warmes Zuhause“ an zwei Standorten statt. Die Zusammenarbeit mit

der Synagogen-Gemeinde funktioniert weiterhin sehr gut. Das „Warme Zuhause“ erreicht dort monatlich etwa 25 Personen. Die GastgeberInnen engagieren sich mit viel Liebe, um die Treffen unterhaltsam und abwechslungsreich zu gestalten. Sie laden interessante Personen ein, die Vorträge zu unterschiedlichen Themen halten. Dadurch ist das „Warme Zuhause“ weit mehr als ein Kaffeekränzchen: Es werden Geburtstage gefeiert, Gesellschaftsspiele gespielt, Hauskonzerte und Gesprächsrunden über ausgewählte Themen aus Politik und Kultur durchgeführt. Familienmitglieder oder Freunde gesellen sich häufig dazu.



„Warmes Zuhause“ während eines Ausflugs



Quelle: Beatrix Lampe

EINTRAG INS GOLDENE BUCH

Auszeichnung des Stadtbezirks Köln-Porz

Die Eheleute Asja und Igor Chmelnizki sowie Svetlana und Eugen Peysakhovich durften sich, wegen ihres ehrenamtlichen Engagements, in das Goldene Buch von Porz eintragen. „So viel Engagement muss (...) gewürdigt werden“, sagte der Bezirksbürgermeister Henk van Benthem. Beide Ehepaare öffnen seit vielen Jahren im Rahmen unseres Projekts „Warmes Zuhause“ ihre Wohnungstüren und bieten den Verfolgten des Nazi-Regimes einen Platz zum Austausch in einem geschützten Umfeld und in einer entspannten Atmosphäre. Auch wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei Asja und Igor Chmelnizki und bei Svetlana und Eugen Peysakhovich.

Danke für Ihr Engagement und für Ihre Treue über all die Jahre!

■ MILENA RIVERA



Quelle: Timo Vogt

FREMD SEIN

Ein etwas anderer
Geschichtsunterricht

„Ich hatte immer nur Fakten aus dem Geschichtsbuch und jetzt habe ich eine Person getroffen, die das wirklich erlebt hat. Das hat meine Perspektive nochmals verändert“, sagt die Schülerin Valentina. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. setzt mit dem Projekt „Fremd sein“ ein Zeichen gegen Fremdenhass, Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Wegen seines großen Erfolgs im letzten Jahr, wurde das Projekt um ein weiteres verlängert.

Dieses Jahr hören die SchülerInnen der Käthe-Kollwitz Gesamtschule in Leverkusen die Geschichten der ZeitzeugInnen aus erster Hand. Unterstützt durch professionelle MedientrainerInnen lernen die Jugendlichen die Grundlagen der Interviewführung kennen und setzen diese Erfahrungen direkt in die Praxis um: Sie führen selbständig Video-Interviews mit den ZeitzeugInnen und erstellen eigene Vlogs.

Die Videos mit den Lebensgeschichten der NS-Verfolgten werden online auf dem YouTube-Kanal des Bundesverbands veröffentlicht. Ergänzend erstellen die SchülerInnen Blogbeiträge und Podcasts, in denen sie ihre persönlichen Gedanken zum Projektthema teilen.

Die gemeinsame Arbeit mit den Überlebenden vermittelt den SchülerInnen die Geschichte der NS-Zeit hautnah. Die Lebensereignisse der ZeitzeugInnen werden von den SchülerInnen in dramaturgisches Material umgewandelt und bühnenreif gemacht. Bei der Entwicklung der Performance erhalten die Teilnehmenden professionelle Unterstützung durch eine Regisseurin und einen Videografen. Sie erwerben neue Fähigkeiten im Multi-Mediabereich und können sich kreativ ausprobieren.

Den Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung bietet das Projekt eine willkommene Gelegenheit zum Austausch mit der jüngeren Generation. Sie erfahren durch die Aufmerksamkeit der jungen Menschen eine besondere Wertschätzung und ihre Lebensgeschichten werden nachhaltig dokumentiert.

Nachdenklich sagt Valentina: „Ich finde es wichtig, dass man solche Geschichten immer wieder erzählt, damit es nicht wieder passiert.“

„Fremd sein“ startete im September 2019 und ist auf zwölf Monate angelegt. Im Mai 2020 wird die entstandene Performance in mehreren Aufführungen der Öffentlichkeit präsentiert.

Das Projekt wird in Kooperation mit der Käthe-Kollwitz Gesamtschule durchgeführt und von Aktion Mensch e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NRW e.V. sowie der Dr. Franz Stüsser-Stiftung gefördert.

■ KATJA PYSMENNA

FLUCHTGESCHICHTEN

Erzählungen aus der „Biografiewerkstatt“

Ich kann mich gut daran erinnern, wie ich vor dem „Fester stand und auf meine Mutter wartete. Aber sie kam nicht. Sie kam nie wieder, ich sah sie nie mehr.“ Still hören die Jugendlichen der Geschichte von Marina Sak-saganska zu.

Im Rahmen unseres Projekts „Biografiewerkstatt“ an der Gesamtschule Bergheim interviewen 14 Jugendliche NS-Überlebende und junge Geflüchtete. Sie schreiben biografische Geschichten, reflektieren über die Themen Fremdenhass und Verfolgung und erstellen kreative Texte dazu. Aus dem gesammelten Material entsteht ein Webauftritt mit den Biografien der NS-Überlebenden und eine szenische Lesung.

Neben Marina erzählen drei weitere Überlebende des Holocausts und drei junge Geflüchtete ihre Geschichten. Von Sinowij Goldberg erfahren die Jugendlichen von der Hungersnot während der Leningrader Blockade. Klava Leybova erzählt über eine Schneiderschere, die ein Soldat ihrer Mutter nach der Schlacht von Stalingrad, als Dank für ein Stück Brot, gab.

Die Geschichten der Geflüchteten zeigen den Jugendlichen, dass Krieg, Flucht und Diskriminierung auch heute

aktuell sind und rechtspopulistische Parteien die gleichen Mittel benutzen, um Anhänger zu gewinnen, wie früher die Nationalsozialisten.

Durch unmittelbaren Kontakt mit Holocaust-Überlebenden und Geflüchteten erleben die Jugendlichen hautnah, was es bedeutet, diskriminiert und verfolgt zu werden. Es wird viel über die Begriffe Antisemitismus, Diskriminierung und Fremdenhass gesprochen. „Wie findest du Deutschland?“, fragen die Jugendlichen Ehsan, einen jungen Geflüchteten aus dem Iran. „Für mich gibt es nicht ‚das Deutschland‘, genauso wenig wie ‚die Flüchtlinge‘“, sagt der 26-Jährige. Er habe in Köln Toleranz genauso erlebt wie Rassismus.

Nach der Projektwoche im Oktober mit sechs langen Interviews sagen viele Schüler, die Geschichten hätten sie tief beeindruckt.

Das Projekt ist eine Fortsetzung des gleichnamigen Pilotprojekts, das 2018 mit dem 1. Platz beim „Engagementpreis des Paritätischen in NRW“ ausgezeichnet wurde.

■ KATARINA GAVRIK



SchülerInnen im Austausch mit einer Zeitzeugin

FACEBOOK, INSTAGRAM UND MASSENMORD. EINE SCHWIERIGE KONSTELLATION?

Teilen. Liken. Kommentieren. Vergessen. Die sozialen Medien seien schnelllebig, oberflächlich und viel zu ein-dimensional, lautete lange Zeit die Meinung über diese Plattformen. Aber es findet ein Wandel statt. Immer mehr Gedenkstätten und Museen entdecken die sozialen Medien als Kommunikationsinstrument. Und auch der Bundesverband hat sich für Facebook und Instagram entschieden. Warum? Die Erklärung einer Entscheidung:

Die Zeit der Brieftauben, Schneckenpost und Flyerflut ist vorüber. Der moderne Mensch ist digital. Er informiert sich im Web und kommuniziert über die sozialen Medien. Unsere Arbeit muss auch diese Menschen erreichen und wie, wenn nicht genau darüber? Das Gute an den sozialen Plattformen ist, dass wir nicht mehr passiv darauf warten müssen, dass uns jemand „findet“. Wir können aktiv auf die Menschen zugehen.

Unser Ziel ist es, unterschiedliche Interessengruppen auf unsere Arbeit und unser Thema aufmerksam zu machen. Über Facebook regen wir mit dem Teilen von Meldungen und Artikeln zu Debatten und Reflexionen über die aktuelle politische Lage an: Antisemitismus. AfD. Rechtsruck.

Instagram hingegen bietet einen Einblick in die Arbeit des Bundesverbands und ist somit ungleich persönlicher. Wir zeigen Fotos direkt aus unseren Projekten wie z. B. „Biografiewerkstatt“ und „Fremd sein“, wir zeigen uns an unserem Arbeitsplatz und in Konferenzen.



Quelle: Gerd Altmann auf Pixabay

Verkürzen wir damit die Geschichte? Ja. Aber das tut ein Aufsatz im Gegensatz zu einem Buch auch.

Wir möchten, dass sich solche Verbrechen, wie jene der Nationalsozialisten, niemals wiederholen. Wir möchten möglichst viele Menschen für die Themen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus sensibilisieren. Und wie kann man das besser erreichen als im Austausch miteinander?

#bundesverbandfuernsverfolgte

Teilen. Liken. Kommentieren. Erinnern.

■ MILENA RIVERA

RELAUNCH. KLICKT VORBEI!

Wieder ein Jahreswechsel: 2020!

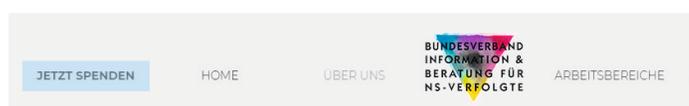
Silvester, gute Vorsätze, neue Chancen. Und auch im Bundesverband lautet das Motto: Alles auf Anfang! Wir relaunchen unsere Website.

Wir haben die Seiten neu tapeziert, durchgekehrt und alles auf Hochglanz poliert. Neues Design und harmonische Farben. Übersichtlich, verständlich, ästhetisch. Kommt vorbei und taucht ein in die Geschichte des Bundesverbands. Erfahrt mehr über unsere historisch-politische Bildungsarbeit, unsere sozialen Projekte und unsere Publikationen. Schaut euch unsere vielen neuen Fotos an! Wechselt von der deutschen Sprache zur Englischen und wieder zurück.

Klickt vorbei: www.nsberatung.de

Wir freuen uns drauf!

■ MILENA RIVERA



Soziale Projekte für NS-Verfolgte

Die Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung sind heute größtenteils hochbetagt. Um ihnen eine zu ermöglichen, bietet der Bundesverband soziale Projekte an, die sich an den spezifischen Bedürfnissen der



Erzähl- und Begegnungscafé

An drei Standorten in Köln, Düsseldorf und Recklinghausen treffen sich regelmäßig NS-Verfolgte zum Austausch bei Kaffee und Kuchen.

> Weiter



Zamosc

Gemeinsam mit den MitarbeiterInnen des Freiwilligenzentrums im polnischen Zamosc engagiert sich der Bundesverband für NS-Überlebende vor Ort.

> Weiter



Neue Homepage des Bundesverbands



Maria Fedorova, Referentin Recht und Beratung

DIE NIEDERLÄNDISCHE BAHN ZIEHT KONSEQUENZEN

NS-Verfolgte, die mit der niederländischen Bahn in die Vernichtungslager transportiert wurden und ihre Hinterbliebenen, haben seit August 2019 die Möglichkeit Entschädigungsleistungen zu beantragen. Sie können zwischen 5.000 € und 15.000 € pro Person erhalten.

Ohne die Mitwirkung der Bahnunternehmen wären Massendeportationen nicht möglich gewesen. Für die Bahngesellschaften war es ein lukratives Geschäft, an welchem sie sich bereicherten, denn auch die unfreiwillige Reise nach Auschwitz erfolgte nicht unentgeltlich.

Die involvierten Bahnunternehmen entzogen sich jahrzehntelang jeder Verantwortung. Die Deutsche Bahn weigert sich bis heute die Deportationsopfer zu entschädigen: Sie sei keine Rechtsnachfolgerin der Deutschen Reichsbahn und habe mit der Auszahlung eines „mehrstelligen Millionenbetrags“ an die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ihrer etwaigen Entschädigungspflicht Genüge getan.

Unter Druck der Öffentlichkeit und nach einer Klagedrohung richtete die französische Bahn (SNCF), die während der deutschen Besatzung rund 76.000 Juden aus Frankreich in die Konzentrationslager transportierte, im Jahr 2014 einen Fonds ein, um die Opfer der Deportation zu entschädigen.

Die niederländische Bahn „Nederlandse Spoorwegen“ verdiente über zwei Millionen Gulden mit dem „Transfer in den Tod“. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Niederlande im Mai 1940, wirkte die niederländische Staatsbahn im Auftrag der deutschen Besatzer an dem Transport von über 100.000 Juden, Sinti und Roma in die Konzentrationslager mit. Die Kosten dafür stellte das Unternehmen dem Reichssicherheitshauptamt in Rechnung, die aus beschlagnahmtem jüdischen Besitz bezahlt wurden. Gegen Ende November 2018 beschloss der Holocaust-Überlebende Salo Muller und der Chef der „Nederlandse Spoorwegen“, Roger van Boxtel, ein Komitee einzurichten, um zu prüfen, wie eine individuelle Entschädigung vollzogen werden kann.

Vom **5. August 2019 bis zum 5. August 2020** kann nun der Entschädigungsantrag bei dem **Committee on Individual Compensation for Victims of WWII Transport by NS** gestellt werden.

Der Bundesverband hilft Ihnen gern dabei, das Entschädigungsverfahren einzuleiten. Hierfür sind die unterschriebene Vollmacht sowie Informationen zu der deportierten Person, zu dem Deportationszeitpunkt und -zielort erforderlich.

■ MARIA FEDOROVA

SERVICE LEARNING

Junge Studierende unterstützen das Erzähl- und Begegnungscafé Köln

Die Erzählcafés fanden in Köln auch im Jahr 2019 regelmäßig statt. Hier berichteten Überlebende des nationalsozialistischen Regimes jungen Menschen von ihrem Verfolgungsschicksal. Der Austausch zwischen den Generationen, das Gespräch über Gestern und Heute ist für die Überlebenden sehr wichtig. Zum einen können sie sich mit ihren Geschichten und Erfahrungen aktiv in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen, zum anderen sehen sie, dass sich junge Menschen in Deutschland für sie und ihre Verfolgungsschicksale interessieren und sie nicht vergessen.

In diesem Jahr gab es aber etwas Neues: Das Kölner Café erhielt tatkräftige Unterstützung von Studierenden des Service-Learning-Programms der Universität zu Köln.

EINEN TAG FREUDE SCHENKEN

Die Studierenden hatten die Aufgabe, einen Ausflug für die TeilnehmerInnen des Kölner Cafés zu organisieren. Die Idee, Überlebenden der NS-Verfolgung einen Tag Freude zu schenken, motivierte die Studierenden sehr. Mit großem Einsatz machte sich das Team an die Planung und praktische Organisation.

Mehrfach besuchten die Studierenden das Café, um die Besucher nach ihren Wünschen und Interessen zu befragen. Schnell wurde dabei klar, dass es den Studierenden nicht allein um die Planung des Ausflugs ging: „Uns war es sehr wichtig, Menschen, die in der Vergangenheit so viel Schlimmes erleben mussten, zu zeigen, dass sie ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind und nicht vergessen werden dürfen“, erklärte die Studentin Viktoria stellvertretend für das Team.

DER TAG BLEIBT IN ERINNERUNG

Am 5. September war es dann soweit. Mit über 40 Überlebenden und den Studierenden ging es nach Bonn, in das Naturkundemuseum König und in den Botanischen Garten. An einem wunderschönen Spätsommertag konnten die Überlebenden den Ausflug genießen. Insbesondere freuten sich die Cafésbesucher über die kleinen Gesten, mit denen die Studierenden sie überraschten. Für den Tagesausflug hatten sie Lunchpakete und Getränke organisiert. Zudem gab es im Botanischen Garten für alle Beteiligten ein Picknick mit Kuchen. Es waren diese kleinen, liebevollen Ideen, über die sich die Überlebenden sehr freuten. „Es war ein wundervoller Tag. Es ist toll, was die jungen Leute für uns organisiert haben“, so hörte man es an allen Tischen beim gemeinsamen Essen zum Abschluss des Ausfluges. Der Tag wird allen Beteiligten noch lange in Erinnerung bleiben. Dass er in dieser Form stattfinden konnte, ist der finanziellen Unterstützung eines Kooperationspartners von Service Learning zu verdanken, der das Projekt der Studierenden großzügig unterstützte.

Es war bereits das dritte Mal, dass der Bundesverband gemeinsam mit dem Service-Learning-Programm ein Projekt realisieren konnte. 2017 produzierten Studierende einen Image-Film für den Bundesverband. 2018 machten sich Studierende mit einem Fundraising-Projekt sehr erfolgreich daran, finanzielle Mittel für den Fahrdienst des Kölner Cafés zu akquirieren. Es gelang ihnen dabei, das eingangs gesetzte Spendenziel sogar deutlich zu übertreffen.

Wir freuen uns auf weitere spannende Kooperationsprojekte mit der Universität zu Köln.

VANESSA REX

Ausflug am 5. September 2019





Tom Uhlig, Alina Brehm, Eva Fogelman: Drei Unterzeichnende der Erklärung. Quelle: Timo Vogt

UNTERZEICHENER*INNEN GESUCHT!

Erklärung über gemeinsame Ziele zur Unterstützung von **NachkommInnen von NS-Verfolgten**

Seit mehr als zehn Jahren kämpft der Bundesverband für die Anerkennung und Durchsetzung der Bedarfe und die Aktivierung der Potentiale der Angehörigen der Folgegenerationen der NS-Verfolgten. Viel ist in dieser Zeit schon erreicht worden: Der Bundesverband veranstaltete Tagungen und Konferenzen und publizierte mehrere Veröffentlichungen. Mit unserer Hilfe sind

Regionalgruppen in ganz Deutschland entstanden und zuletzt haben wir internationale WissenschaftlerInnen in zwei Arbeitsgruppen zusammengebracht, die sich über ihre Ansätze und Forschungsergebnisse zu Fragen der psychosozialen Bedarfe und zu den Ressourcen in der historisch-politischen Bildung in Bezug auf Angehörige der Folgegenerationen ausgetauscht haben.



Arbeitsgruppen Folgegenerationen. Quelle: Timo Vogt

Nun gehen wir den nächsten Schritt und tragen Fragestellungen, die die Folgegenerationen betreffen, in die Öffentlichkeit: Ein Ergebnis der Arbeitsgruppentreffen ist die gemeinsame Erklärung, mit der wir gegenüber EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen die berechtigten Anliegen der Angehörigen der Folgegenerationen deutlich machen wollen.

Fast alle TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen haben die Erklärung unterzeichnet, mittlerweile sind mehr als 200 weitere UnterzeichnerInnen dazugekommen, darunter u.a. Romani Rose (Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma), Dagmar Pruin (Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.) und die Liedermacherin Bettina Wegner. Wir rufen alle LeserInnen dazu auf, unsere Erklärung ebenfalls zu unterzeichnen und so dazu beizutragen, die Interessen der Angehörigen der Folgegenerationen endlich in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen.

Gerne setzen wir auch Ihren Namen auf die Liste – eine kurze E-Mail an fehlberg@nsberatung.de genügt.

ERKLÄRUNG ÜBER GEMEINSAME ZIELE ZUR UNTERSTÜTZUNG VON NACHKOMM*INNEN VON NS-VERFOLGTEN

Wir, die UnterzeichnerInnen, sind überzeugt davon, dass die NachkommInnen von Verfolgten des Nationalsozialismus einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis von transgenerationaler Weitergabe von Trauma leisten. Sie setzen wichtige Impulse für die Entwicklung von Programmen zur Erinnerungskultur und gesellschaftspolitischen Arbeit, im Sinne einer offenen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Sie bringen eine bedeutende Perspektive in gegenwartsrelevante Debatten ein und sollen, in der Entwicklung und Implementierung von Programmen, die sich an den authentischen Erfahrungen der Überlebenden und ihrer NachkommInnen orientieren unterstützt werden.

Zusammen mit den Überlebenden setzen sich ihre NachkommInnen seit den 1960er Jahren für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen und die Würdigung der Verfolgungsgeschichten ein. Damit leisten sie einen bedeutenden gesellschaftspolitischen Beitrag. NachkommInnen bringen durch ihre Familiengeschichte wichtige Impulse für die historisch-politische Bildungsarbeit mit. Sie sind VermittlerInnen zwischen Vergangenheit und Zukunft, weil sie ihre persönlichen Erfahrungen einbringen. Um die Leistungen von NachkommInnen anzuerkennen, bedarf es eines Empowerments, damit ihre Perspektiven in gedenkpolitische Entscheidungen einfließen können:

- NachkommInnen müssen als ZeugInnen ihrer eigenen Geschichte anerkannt werden. Ihre Erfahrungen sind bedeutsam für die Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.
- Es bedarf der Unterstützung und Förderung der Teilhabe von NachkommInnen in gegenwartsrelevanten Debatten, damit ihre Stimmen Gehör finden.
- International gilt es NachkommInnen (initiativen) zu stärken, die sich in die Erinnerungskultur einbringen wollen.

In verschiedenen Ländern formulieren NachkommInnen Unterstützungsbedarf im Umgang mit ihrer Familiengeschichte, unter anderem weil viele von ihnen von transgenerationaler Weitergabe von Traumatisierungen betroffen sind. Bisher mangelt es an Angeboten, die sich speziell ihren Bedürfnissen widmen:

- Es muss für diejenigen, Unterstützung bereitgestellt werden, die Hilfe in Anspruch nehmen möchten.
- Es bedarf der Schaffung eines psychosozialen Angebotes für NachkommInnen von nationalsozialistisch Verfolgten.
- Die gesellschaftliche Teilhabe von NachkommInnen und ihre politische Mitbestimmung müssen gefördert werden. NachkommInnen sind zum Teil von Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen:
- Kontinuitäten der Diskriminierung müssen aufgezeigt und überwunden werden.

Insgesamt muss von Politik und Gesellschaft anerkannt werden, dass das Schicksal der Verfolgten des Nationalsozialismus in vielen Fällen das Leben ihrer Kinder und Enkel geprägt hat und noch immer prägt.

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. setzt sich gemeinsam mit den Unterzeichnenden für die Interessen aller Überlebenden und deren NachkommInnen ein.

NICHT NUR „ZWEITZEUGEN“

Geschichten der **NachkommInnen** von Verfolgten des Nationalsozialismus

„Dass ich heute hier stehe, liegt daran, dass mein Vater die Verfolgung durch die Faschisten überlebt hat“, sagt Inge Kroll im Rahmen einer Gedenkveranstaltung. Sie ist Angehörige der Folgegenerationen und engagiert sich für die Augsburger Friedenswochen sowie für die „Augsburger Wege der Erinnerung.“

Über viele NS-Verfolgte können nur noch die NachkommInnen berichten. Heute werden auch neue Wege des Erinnerns und Bewahrens gesucht. Es werden

Videos und Hologramme erstellt, um möglichst authentische emotionale Zugänge zur Geschichte der Verfolgten des Nationalsozialismus für die Zukunft zu sichern. Einige setzen auf „ZweitzeugInnenschaft“. Die Überlebensgeschichten werden hier aus zweiter Hand weitergegeben. So wichtig es ist, die Erinnerungen der NS-Verfolgten zu bewahren: Es wird kritisch, wenn die NachkommInnen der Überlebenden in eine StellvertreterInnenrolle gedrängt werden, um für das Leben der Eltern zu zeugen.



Inge Kroll bei einer Gedenkveranstaltung

FASCHISTISCHE DENKMUSTER WURDEN NICHT MIT DEM PARTEIBUCH ABGELEGT

Die Überlebenden und ihre Kinder bekamen unmittelbar zu spüren, dass alte Nazis als VertreterInnen von Justiz und Politik nach 1945 in wichtigen Ämtern Karriere machen konnten. Die alten faschistischen Denkmuster wurden nicht gemeinsam mit dem Parteibuch abgelegt. Autoritäre Denkmuster blieben in den Köpfen. Die Familien der Überlebenden waren, je nach Verfolgungshintergrund, unterschiedlich betroffen von personellen und ideologischen Kontinuitäten, fehlender Anerkennung der Leidensgeschichte der Überlebenden, deren verfolgungsbedingten Traumatisierungen und von aktuellen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Durch die Zerstörung des sozialen Lebens und eingeschränkter Schulbildung durch den Nationalsozialismus, war die soziale und wirtschaftliche Situation für NachkommInnen von Überlebenden teils schlecht. Damit war ein sozialer Abstieg vorprogrammiert. Einige Überlebende versuchten die Verfolgungszeit zu verschweigen, hatten aber gleichzeitig Angst vor Verfolgung. Sie hatten Alpträume oder unkalkulierbare Wutausbrüche. Einige sprachen erst mit ihren Enkelkindern über ihre Erlebnisse. Andere Überlebende sprachen von Anfang an sehr oft über ihre Gewalterfahrungen. In der Öffentlichkeit musste das Thema allerdings verschwiegen werden, weil eine gesellschaftliche Anerkennung der Opfer oft fehlte.

Was soll ein Kind den MitschülerInnen erzählen, warum die meisten Verwandten tot sind? Wie fühlt sich ein Kind ehemals Verfolgter dabei, wenn es vor der Klasse vom Holocaust berichten soll?

„Als in meiner eigenen Schulklasse in den 1970er Jahren das Thema Nationalsozialismus und Konzentrationslager durchgenommen wurde, sagte meine Lehrerin zu mir, ich solle doch meinen Vater einmal fragen, ‚wie das denn so war in Auschwitz‘“, berichtet Ricardo Laubinger. NachkommInnen wurden in der Klasse von LehrerInnen als Jüdinnen oder Juden „geoutet“ und dann von MitschülerInnen angefeindet. NachkommInnen von politisch Verfolgten wurden als Kommunistenkinder geächtet. Kinder von Überlebenden Sinti und Roma sollten sich hinten allein in die Klasse setzen, damit sie „niemanden mit irgendetwas anstecken“ oder etwas stehlen. Das Vorurteil, dass Sinti und Roma wegen ihrer angeblichen „kriminellen Eigenschaften“ im Konzentrationslager waren, hielt sich lange.

NACHKOMM*INNEN SOLLEN IHRE EIGENEN GESCHICHTEN ERZÄHLEN DÜRFEN

Einige NachkommInnen sind bereit, über ihre Erfahrungen zu sprechen, aber nicht als ZweitzeugInnen. Sie sollen ihre eigenen Geschichten erzählen dürfen.

Fehlende Anerkennung und Anfeindungen führten nicht nur zu neuen Verletzungen in den betroffenen Familien. Die Überlebenden setzten sich in vielfältiger Weise für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die Einrichtung von Erinnerungsorten ein – teilweise mit ihren Kindern gemeinsam.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ein Satz der durch die leidvollen Erfahrungen der Häftlinge der Konzentrationslager geprägt wurde. Dieses Ziel betrachte ich als gesellschaftliches Erbe, es ist unser Auftrag an alle Nachgeborenen um an dieser Zielvorstellung weiterzuarbeiten“, sagt Josef Pröll, der sich als Nachkomme eines Dachauer Häftlings seit vielen Jahren u.a. als Filmmacher, als Fotograf und in der Gedenkstättenarbeit engagiert.

In Gedenkstätten sind heute viele NachkommInnen aktiv. Sie engagieren sich auch für Stolpersteinverlegungen, führen historische Stadtrundgänge durch oder schreiben persönlich über die Erfahrungen mit ihren Eltern oder Großeltern und darüber, welche Auswirkungen die NS-Verbrechen bis heute auf sie selbst haben. Bei Gesprächen mit NachkommInnen geht es nicht vorwiegend um NS-Verbrechen, sondern um die Nachwirkungen. Was denken Sie zum erstarkenden Rechtspopulismus? Was passierte nach Kriegsende? Erleben sie aktuelle Diskriminierungen? Der Bundesverband setzt sich in seiner Arbeit dafür ein, dass sowohl die Belastung der Angehörigen der Folgegenerationen anerkannt wird, als auch deren aktive Rolle in der Erinnerungsarbeit. NachkommInnen sollten über ihre eigenen Geschichten sprechen dürfen und nicht in erster Linie in die Rolle der ZweitzeugInnen gedrängt werden.

■ THORSTEN FEHLBERG

WIR BRAUCHEN IHRE HILFE!

Die Überlebenden brauchen unsere Unterstützung mehr denn je. Denn mit fortschreitendem Alter werden die Schatten der Vergangenheit immer länger. Den Menschen, die so viel Schlimmes erleben mussten, drohen in den fortgeschrittenen Lebensjahren Einsamkeit und Isolation. Gemeinsam können wir etwas dagegen tun:

Fördern Sie unsere Erzähl- und Begegnungscafés

- » Mit 10 € finanzieren Sie einer/ einem Verfolgte/n einen Monat lang Kaffee und Kuchen im Café.
- » Mit 30 € ermöglichen Sie einer/ einem hochbetagten Überlebenden einen Monat lang die Teilnahme mithilfe des Fahrdienstes.
- » Oder übernehmen Sie die Patenschaft für eine/n Überlebende/n und spenden Sie regelmäßig.

Werden Sie Mitglied

- » Mit Ihrem Beitrag von 75 € im Jahr unterstützen Sie die Arbeit des Bundesverbandes langfristig. Dazu gehören auch unsere Projekte im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit und unsere Aktivitäten für die Nachkommen der Verfolgten.

Mit herzlichen Grüßen



Ihr Felix Kolmer

Vorsitzender des Bundesverbandes
Information & Beratung für NS- Verfolgte e.V.

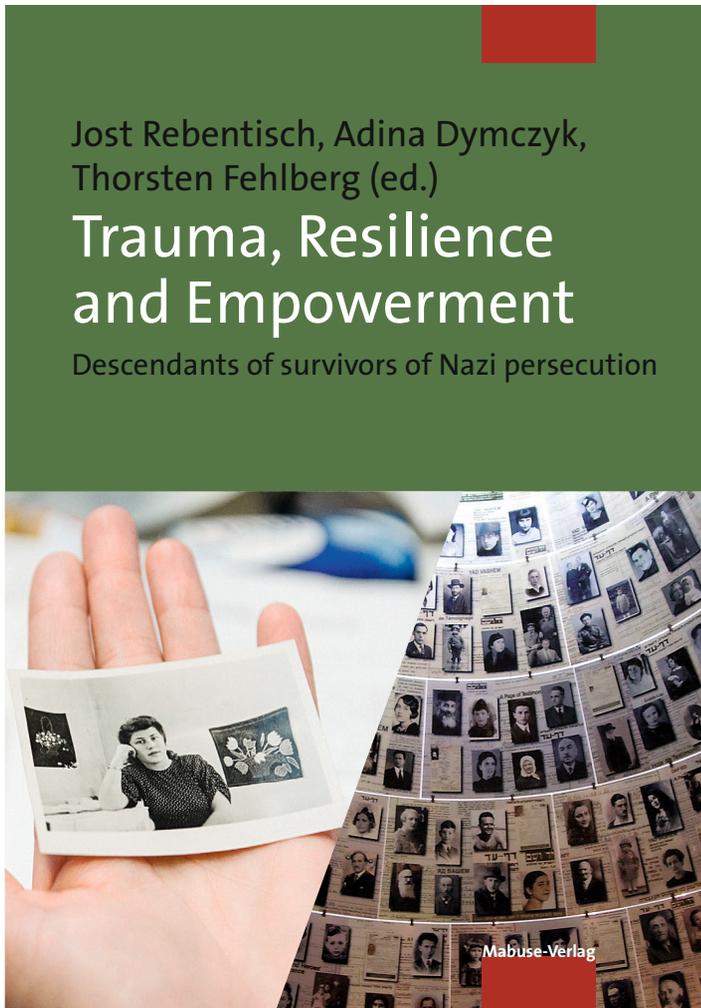


Quelle: Stefan Hanke

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT KÖLN
IBAN DE42 3702 0500 0007 0731 01
BIC: BFSWDE33XXX

TRAUMA, RESILIENCE, AND EMPOWERMENT:

Descendants of Survivors of Nazi Persecution



Cover: „Trauma, Resilience, and Empowerment. Descendants of Survivors of Nazi Persecution“

Der Bundesverband freut sich über das Erscheinen der erweiterten, überarbeiteten englischsprachigen Auflage seiner Publikation „Nachkommen von Verfolgten des Nationalsozialismus: Herausforderungen und Perspektiven“.

Die nun vorliegende Übersetzung verschafft dem ohnehin internationalen Thema, der Auswirkungen der Traumata der NS-Überlebenden auf die Folgegenerationen, mehr Präsenz in der Öffentlichkeit: Die Berichte der NachkommInnen werden einem wesentlich größeren Publikum zugänglich gemacht. Die Betroffenen geben Einblicke in ihre Biografien und berichten über ihr politisches Engagement.

Der Bundesverband dankt den Autorinnen und Autoren und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Unterstützung des Projekts. Das Buch ist im Mabuse-Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

MARION HEIDER

Jost Rebentisch, Adina Dymczyk, Thorsten Fehlberg (ed.): Trauma, Resilience, and Empowerment: Descendants of Survivors of Nazi Persecution, Mabuse-Verlag, Frankfurt/Main, 2019, 238 Seiten, ISBN: 978-86321-438-8, eISBN: 978-3-86321-502-6, € 32,95

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
Genoveastr. 72
51063 Köln

Tel.: +49 (0) 221 17 92 94 0
Fax: +49 (0) 221 17 92 94 29
info@nsberatung.de
www.nsberatung.de

Redaktion: Dr. Jost Rebentisch, Milena Rivera

Lektorat: Marion Heider

AutorInnen: Maria Fedorova, Thorsten Fehlberg, Katarina Gavrik, Marion Heider, Iuliia Mikhienko, Katharina Pysmenna, Dr. Jost Rebentisch, Vanessa Rex, Milena Rivera, Jörg Watzinger

Design: Masha Burlakova

Druck: purpur GmbH, Köln, purpur.com
Auflage: 2.500 Stück im Januar 2020



Folge uns bei:

f nsberatung Instagram ns_beratung

Datenschutzhinweis: Falls Sie unser Magazin „Überleben“ per Post erhalten und dies in Zukunft nicht mehr wünschen, informieren Sie uns bitte kurz unter **0221 17 92 94 0** bzw. **info@nsberatung.de** darüber. Wir löschen Ihre Adressdaten dann unverzüglich aus unserem Verteiler. Sollten Sie die Zusendung weiterhin wünschen, besteht für Sie kein Handlungsbedarf.

WENN DIE NS-VERFOLGUNGSGESCHICHTE EIN PUZZLE AUS TAUSEND TEILEN IST

Mein Leben als **Nachkomme** eines NS-Verfolgten

Mein Name ist Jörg Watzinger. Ich wurde 1955 in Mannheim geboren. Ich bin ein Angehöriger der Folgegenerationen. Was das bedeutet? Das ist eine längere Geschichte.

Unter der Oberfläche eines umgänglichen und interessierten Jungen hatte ich oft das unterschwellige Gefühl von Verlassenheit, Nicht-dazuzugehören. Und eine Verzweiflung, das Wichtige, das worauf es im Leben ankommt, nicht zu bekommen. Ich wusste nicht, woher diese Gefühle kamen.

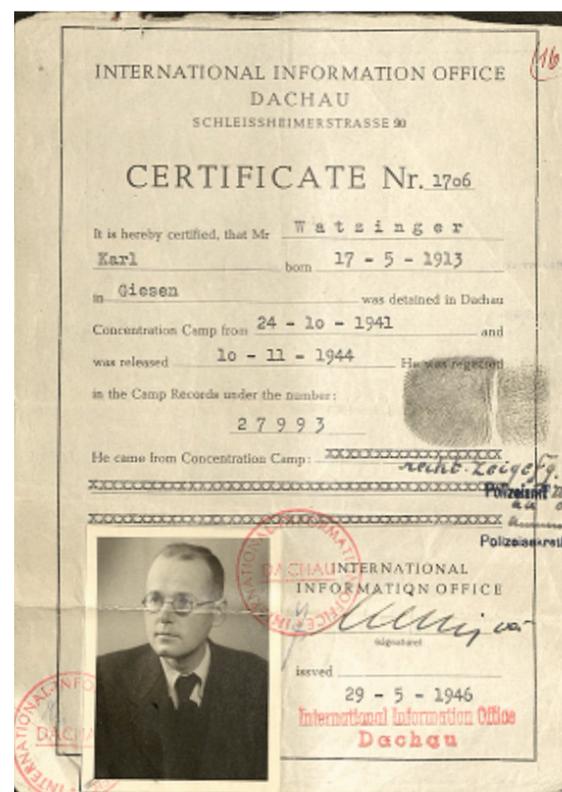
Als ich 17 Jahre alt war, wurde mein Vater verleumdet. In einer Mannheimer Wochenzeitung lautete die Schlagzeile „SS-Mann an der Spitze der Stadtverwaltung Mannheim“. Mein Vater ging daraufhin vor Gericht. Der Prozess dauerte vier Jahre. Mein Vater wurde in allen Punkten rehabilitiert. Erst dadurch erfuhr ich seine Geschichte. Erst jetzt erfuhr ich, dass er KZ-Häftling in Dachau gewesen war.

VERSCHLEPPT INS KZ DACHAU

Mein Vater, Dr. Karl Otto Watzinger, Jahrgang 1913, wuchs in einer bildungsbürgerlichen Familie in Tübingen auf. Er interessierte sich für die soziale und politische Situation der Weimarer Republik. Im Alter von 20 Jahren ging er nach Berlin, um Jura zu studieren. Der nationalsozialistischen Politik stand er kritisch gegenüber und tat dies auch kund: Er hatte Kontakt zu Exilanten der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Schweiz und hielt dort Vorträge über die innenpolitische Situation in Deutschland. Außerdem publizierte er einen Aufsatz in der Exil-Zeitschrift „Maß und Wert“, in dem er Kritik an der „konservativen Diktatur“ übte. Dies alles blieb von dem NS-Regime nicht unbeobachtet. Auf Grund einer Denunziation wurde mein Vater im Jahr 1939 verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis wegen Hochverrats verurteilt. Unmittelbar nach der Haftentlassung, 1941, verschleppte man ihn ins Konzentrationslager Dachau, wo er die nächsten drei Jahre als politischer Häftling verbringen musste. Schließlich nahm er im Herbst 1944, zusammen mit vielen anderen politischen Inhaftierten unter großem Druck das Angebot an, sich an der Ostfront in der SS-Division Dirlewanger „zu bewähren“. Er lief bei erster Gelegenheit über und kam in russische Gefangenschaft.

Im August 1945 kam mein Vater wieder zurück. Er war aber – wie so viele andere – nicht mehr der Mann, der er vorher gewesen war. Die Verfolgung, die Haft, die KZ-Zeit, der Krieg und die Kriegsgefangenschaft hatten ihn verändert. Seine Mutter war im Mai 1945 in der Psychiatrie gestorben. Er selbst litt unter schweren Depressionen, die mit Elektroschocks zunächst erfolgreich behandelt wurden. Anschließend konnte er seine Dissertation abschließen und sein juristisches Referendariat absolvieren.

Seine Erfahrungen aber, auch wenn er seine Depression vorerst bekämpfen konnte, blieben tief in ihm verankert. Nach meiner Geburt hatte er wieder schwere Depressionen, so dass er für drei Monate abwesend war. Als Überlebender hatte er das Gefühl, dass er für „seine Leute“, die Toten, noch etwas tun müsse. Er war so tief in seine Geschichte als Überlebender verstrickt, dass er für mich, seinen Sohn, emotional kaum erreichbar war.



Dr. Karl Otto Watzinger, 1946, Dachau



Fortsetzung von S. 15

GRAUE WAND MIT DER AUFSCHRIFT „DREI JAHRE KZ DACHAU“

Über seine Zeit im Konzentrationslager sprach er nicht oft. Zwei Sätze blieben mir in Erinnerung: „Den anderen, den rassistisch Verfolgten, ging es noch viel schlechter.“ Und: „Ich habe erfahren, was es heißt, völlig rechtlos zu sein.“

Bis ins Alter sprach mein Vater ungern über seine KZ-Haft. Es lag so etwas wie ein Tabu darüber. Erst nach seinem Tod im Jahr 2006, war es mir möglich, die Puzzleteile zu suchen. Ich fing an, der Zeit meines Vaters im Konzentrationslager nachzugehen. Der Psychologe Dr. Müller-Hohagen riet mir dazu, mich in den historischen Zusammenhang des Nationalsozialismus einzulesen, was ich auch tat. Durch Briefe, Bücher, Filme und Besuche in der KZ-Gedenkstätte Dachau, bekam ich allmählich eine Vorstellung davon, was sich hinter der „grauen Wand“ mit der Aufschrift „Drei Jahre KZ Dachau“ befand.

Für mich war es wichtig, dass ich den realen Ort, an dem mein Vater drei Jahre lang „völlig ohne Rechte“ inhaftiert war, besuchen und dort Informationen über die Wirklichkeit des Lebens im KZ erhalten konnte. Darüber hinaus ist diese Gedenkstätte für mich auch eine gesellschaftliche Anerkennung, dass es diese Zeit gegeben hat.

Dann fand ich, durch den Hinweis von Thorsten Fehlberg, Anschluss an NachkommInnengruppen in München, Köln und Neuengamme. Der Austausch mit anderen NachkommInnen hat mir sehr geholfen, mit der Verfolgungsgeschichte meines Vaters zurechtzukommen.

Mein Name ist Jörg Watzinger. Ich bin ein Angehöriger der Folgegenerationen. Was das bedeutet? Das ist eine längere Geschichte.

Es ist etwas anderes, über die Schicksale der NS-Verfolgten lediglich zu lesen oder mit Menschen an einem Tisch zu sitzen und ihre Geschichten zu hören. Es bedeutet auch ein Stück Dazugehören und Ankommen. Durch die Geschichten der anderen lernte ich Gemeinsamkeiten und Unterschiede kennen und sehe die Geschichte meines Vaters klarer und differenzierter.

MEIN „KZ-ERBE“

Nach der historischen Aufarbeitung kam die Frage nach den psychischen Folgen der KZ-Haft für meinen Vater und nach meinem „KZ-Erbe“. Dr. Katharina Drexler ist Therapeutin für transgenerationale Traumata in Köln. In den Sitzungen bei ihr konnte ich dorthin zurückgehen, wo es für meinen Vater zu viel war. Aus den Erfahrungen im KZ hatte er die negativen Selbstzuschreibungen „ich bin mit-schuldig“ und „ich bin „wirkungslos“ mitgenommen. In den Sitzungen ließ sich klären, dass er „nur“ Zeuge der unmenschlichen Behandlung der Häftlinge war, und dass nur die SS-Männer die Sauerereien gemacht haben, und dass die eigene Ohnmacht zwar im KZ sehr reell war, dass er aber anschließend wieder wirksam sein konnte. Diese Klärungen veränderten mein eigenes Lebensgefühl.

Die Vernetzung von NachkommInnen von NS-Verfolgten ist mir ein großes Anliegen. Mit Inge Kroll und Josef Pröll habe ich ein jährliches Treffen von NachkommInnen von ehemaligen KZ-Dachau-Häftlingen initiiert, die neue Gruppe in Mannheim trifft sich vierteljährlich.

Auf mein Leben haben sich der Austausch mit anderen NachkommInnen und die psychotherapeutische Arbeit positiv ausgewirkt. Mein Traum ist, dass es in Zukunft in jeder größeren Stadt Gruppen für NachkommInnen von NS-Verfolgten geben wird, so dass jede*r in erreichbarer Nähe Anschluss und Austausch mit anderen NachkommInnen von NS-Verfolgten finden kann.